



JUNGE UNION
Schleswig-Holstein

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21

Herausforderungen bewältigen –

Eine übergreifende Strategie in der
Migrationspolitik entwickeln.

Leitantrag der Jungen Union Schleswig-Holstein
zum Schleswig-Holstein-Rat

am 14. März 2015
in Flensburg

Antragsteller:
Tobias Loose, Hannah Wadehul, Jakob Pape

22 Deutschland ist bereits seit vielen Jahren ein Einwanderungsland. Jedes Jahr lassen sich mehrere
23 tausend Menschen aus dem Ausland in Deutschland nieder. Viele finden bei uns eine neue Heimat.
24 Die Gründe für diese Zuwanderung sind unterschiedlich. Gastarbeiter, Aussiedler,
25 Familiennachzug, Wirtschaftsflüchtlinge, Asylanten und die Freizügigkeit in der Europäischen
26 Union haben in den vergangenen Jahren Tatsachen geschaffen. Seit 1995 sind 2,8 Millionen
27 Menschen mehr in die Bundesrepublik eingewandert als ausgewandert. Davon allein 450.000 im
28 2014. Besonders die Entwicklung der vergangenen Monate macht deutlich, dass Handlungsbedarf
29 für die Schaffung eines Migrationsgesetzes besteht. In diesem müssen die Europa-, Außen- und
30 Sicherheitspolitik sowie der Fachkräftemangel der deutschen Wirtschaft Berücksichtigung finden.

31

32 Die Junge Union Schleswig-Holstein ist Peter Tauber dankbar, dass er der Diskussion um
33 Einwanderung in Deutschland einen neuen Anstoß gegeben hat. Es fehlt in Deutschland eine
34 übergreifende Strategie in der Migrationspolitik. Klar ist, dass wir in den kommenden Jahren durch
35 einen drohenden Fachkräftemangel Bedarf an ausländischen Fachkräften haben werden. Durch
36 Einwanderung aus der Europäischen Union alleine werden wir diese Herausforderung nicht
37 bewältigen können. Zudem muss sichergestellt werden, dass Einwanderer auch in Deutschland
38 dauerhaft bleiben können.

39 Neben diesen langfristigen Herausforderungen sind Deutschland und Schleswig-Holstein
40 kurzfristig mit stark steigenden Zahlen von Flüchtlingen aus verschiedenen internationalen
41 Krisengebieten konfrontiert. Die Landesregierung hat angekündigt, dass Schleswig-Holstein allein
42 dieses Jahr bis zu 20.000 Flüchtlinge aufnehmen wird. Dies stellt unser Bundesland vor große
43 Herausforderungen.

44

45 Die Junge Union Schleswig-Holstein leistet mit diesem Positionspapier einen Beitrag zu einer
46 besseren Flüchtlings- und Migrationspolitik in Deutschland und Schleswig-Holstein. Sie liefert eine
47 klare Positionsbestimmung in der aktuellen Diskussion.

48 **Einwanderungspolitik neu aufstellen**

49 Die demographische Entwicklung und andere Faktoren führen in den kommenden Jahren
50 unweigerlich zu einer Verstärkung und Ausweitung des Fachkräftemangels, der für die
51 Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft zu einer ernststen Gefahr werden kann.
52 Einwanderer helfen diese Herausforderungen zu bewältigen. Dies ist heute bereits der Fall. Aus
53 den Ländern der Europäischen Union erlebten wir in den letzten Jahren eine starke Zuwanderung
54 nach Deutschland - insbesondere aus Polen, Rumänien, Italien und Bulgarien. Daneben müssen wir
55 aber auch feststellen, dass wir in die gleichen Länder auch eine starke Abwanderung verzeichnen.
56 Zwar ist der Zuwanderungssaldo von und nach Deutschland für die meisten Länder positiv, dies
57 gilt aber heute schon nicht für alle Länder. Im Jahr 2013 zum Beispiel sind insgesamt ca. 8000
58 Menschen mehr aus Deutschland in die Türkei ausgewandert als aus der Türkei nach Deutschland
59 eingewandert sind. Dies kann im Wesentlichen durch die positiven wirtschaftlichen
60 Rahmenbedingungen in der Türkei erklärt werden. Eine solche Entwicklung ist auch für andere
61 Länder in Süd- und Osteuropa absehbar, wenn sich in den kommenden Jahren die europäische
62 Wirtschaftslage erholt. Durch die europäische Freizügigkeit allein scheint der Fachkräftemangel in
63 Deutschland nicht bewältigen zu sein. Wir müssen über alternative Strategien und Konzepte
64 nachdenken und daran arbeiten, qualifizierte Einwanderer stärker an Deutschland zu binden. Ein
65 Schwerpunkt sollte dabei die Einwanderung aus Drittstaaten bilden.

66
67 Insgesamt gibt es in der deutschen Gesetzgebung aktuell mehr als fünfzig verschiedene Arten von
68 Aufenthaltstiteln. Das Ausländerrecht ist in wesentlichen Teilen darauf ausgelegt, Zuwanderung zu
69 verhindern oder zu beschränken. Die Junge Union Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass
70 diese Regelungen überprüft und sinnvoll zusammengeführt werden. Langfristig sollte es Ziel sein,
71 dass die Anzahl der geregelten Aufenthaltstitel reduziert wird.

72 Deutschland ist neben den USA das beliebteste Einwanderungsland der Welt.¹ Viele Menschen
73 möchten in Deutschland arbeiten und sich niederlassen. Heute entscheidet im Wesentlichen ein
74 vorhandener Arbeitsvertrag über Einwanderungschancen nach Deutschland. Vielfach wird
75 argumentiert, dass weitere Kriterien, zum Beispiel die Einführung eines Punktesystems wie in
76 Kanada, zu einer stärkeren Bürokratisierung der Einwanderung führen und der „freie Markt der
77 Personalauswahl“ eingeschränkt wird. Die Junge Union Schleswig-Holstein ist der Überzeugung,
78 dass ein unbefristeter Arbeitsvertrag mit einem bestimmten Mindesteinkommen, Bekennung zur
79 freiheitlichen und demokratischen Grundordnung und Kenntnisse in englischer und vor allem
80 deutscher Sprache die hauptsächlichen Kriterien für eine Einwanderung sein sollten.

81 Es sollten in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft spezifische Werbeprogramme entwickelt
82 werden. Insbesondere in Bezug auf das Einwanderungssystem in Deutschland. Deutschland

¹ OECD Migrationsbericht 2013

83 verfügt über eines der liberalsten Einwanderungssysteme in der Welt. Die bisherigen Vorgaben
84 ermöglichen eine sichere und integrative Arbeitsperspektive für Einwanderungswillige aus
85 Drittstaaten, Studenten an deutschen Universitäten sowie Flüchtlinge. Ein Punktesystem, wie es
86 die SPD vorschlägt, würde das jetzige Einwanderungsrecht zusätzlich verbürokratisieren. Ein
87 bürokratisches System lehnt die Junge Union Schleswig-Holstein ab. Die Junge Union Schleswig-
88 Holstein fordert die Weiterentwicklung der EU Blue Card.

89
90 Deutschland muss offensiver in Drittstaaten um einwanderungswillige Fachkräfte werben und die
91 Rahmenbedingungen bereits in den potentiellen Herkunftsländern günstig gestalten. Hier sollte
92 intensiv mit den Standorten des Goethe-Instituts und den deutschen Schulen im Ausland
93 zusammengearbeitet werden und Angebote, die deutsche Sprache im Ausland zu erlernen,
94 ausgeweitet werden. Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine der größten Herausforderungen,
95 um eine Einwanderung nach Deutschland dauerhaft zu einem Erfolg zu führen und kann den
96 Ausschlag geben, sich für eine Einwanderung in Deutschland zu entscheiden. Weiter sollten sich
97 auch die deutschen konsularischen Stellen im Ausland zu einem Dienstleister für
98 Einwanderungswillige entwickeln, die bei der Bewerbung um eine Einwanderung nach allen
99 Kräften mögliche Kandidaten unterstützen.

100

101 Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- 102 • Eine offene Diskussion über Strategien und Konzepte zur Einwanderungspolitik in
103 Deutschland
- 104 • Eine Zusammenführung und Überprüfung der Regelungen des Ausländerrechts
- 105 • Die Weiterentwicklung der EU Blue Card
- 106 • Offensive Werbeprogramme für einwanderungswillige Fachkräfte
- 107 • Schaffung von mehr Angeboten, Deutsch im Ausland zu erlernen
- 108 • Deutsche konsularische Stellen im Ausland zu einem Dienstleister für
109 einwanderungswillige Fachkräfte zu entwickeln

110

111 **Verantwortung für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein übernehmen**

112

113 Die Junge Union Schleswig-Holstein betrachtet die Aufnahme von Flüchtlingen als
114 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Politik ist hierbei verantwortlich für die notwendige
115 Akzeptanz für Flüchtlinge zu werben, die um politisches oder humanitäres Asyl auf Grundlage des
116 Völkerrechts bitten. Dies kann nur gelingen, wenn die Betreuung und Eingliederung der
117 Flüchtlinge durch staatliche Seite strukturiert wird. Nur mit einem Netzwerk, das aus Behörden
118 und Ehrenamtlichen besteht, kann diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe geleistet werden.

119 Gerade Schleswig-Holstein verfügt über historische Erfahrung mit Flucht und Vertreibung. Daher
120 wirbt die Junge Union Schleswig-Holstein für eine breitere Unterstützung in der Bevölkerung für
121 die Flüchtlinge in Schleswig-Holstein. Wir wünschen uns eine „Kultur des Willkommens und der
122 Unterstützung“. Rechtsextreme Übergriffe wie in Mölln 1992 darf es in Schleswig-Holstein nicht
123 wieder geben.

124

125 Flüchtlinge in Schleswig-Holstein kommen zunächst in die Erstaufnahmeeinrichtung in
126 Neumünster. Die Landesregierung hat es versäumt, diesen Standort rechtzeitig zu sanieren,
127 auszubauen und der steigenden Anzahl der Asylsuchenden anzupassen. Aus diesem Grund gibt es
128 dort eine dauerhafte Überbelegung und unhaltbare Zustände für Flüchtlinge und Mitarbeiter. Die
129 Inbetriebnahme der weiteren Unterbringung in Boostedt wurde durch Fehlplanungen verzögert,
130 sodass erst ab 1. März 2015 dort Flüchtlinge untergebracht werden konnten. Die Junge Union
131 Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung auf, die Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster
132 der aktuellen Situation anzupassen. Weiterhin fordert die Junge Union eine Vereinfachung von
133 baulichen Vorschriften, wie zum Beispiel der Energiesparvorschrift, um die Unterbringung von
134 Flüchtlingen zu erleichtern.

135

136 Zudem gilt es, die Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung zu unterstützen. Die
137 Vorbereitungszeit auf neu Ankommende liegt derzeit bei 10 Tage. Bei knapper Wohnraumlage
138 gerade in Städten ist eine angemessene Vorbereitung kaum darstellbar. Bei diesem Thema sollte
139 zügig die Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft gesucht werden, um leer stehende
140 Wohnungen nutzbar zu machen. Neben der integrativen Aufgabe liegt auch die größte finanzielle
141 Last bei den Kommunen. Die Unterbringungs- und Betreuungskosten sind immens gestiegen, die
142 Landesregierung kommt aber nicht auf die Kommunen zu und lässt sie mit dieser Last allein. Die
143 Junge Union Schleswig-Holstein erwartet von der Landesregierung endlich ein Gesamtkonzept zur
144 Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge mit einer gerechten Lastenverteilung zwischen Land
145 und Kommunen. Es drängt sich zunehmend der Eindruck auf, dass dazu der politische Wille fehlt.

146

147 Viele Flüchtlinge, die zu uns kommen, verfügen über eine qualifizierende Berufsausbildung. Ihnen
148 muss möglichst schnell der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Dazu sollten
149 ausländische Berufsqualifizierungen mit möglichst geringem bürokratischem Aufwand anerkannt
150 werden und ggf. notwendige Weiterbildungen entwickelt und angeboten werden. Dazu muss es
151 auch eine finanzielle Förderung geben, die mit der Weiterbildung Geringqualifizierter und
152 beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen (WeGebAU) des Bundes vergleichbar sein
153 sollte. Es ist wünschenswert, dass auch Flüchtlinge in Deutschland eine dauerhafte Beschäftigung
154 finden und nicht auf staatliche Sozialleistungen angewiesen sind. Um dieses Ziel zu erreichen
155 müssen auch die Unternehmen miteingebunden werden und über rechtliche Rahmenbedingungen

156 und Fördermöglichkeiten informiert werden. Hierdurch dürfen jedoch keine weiteren
157 bürokratischen Hürden für die Unternehmen geschaffen werden.

158 Weiterhin schätzt die Junge Union Projekte wie „Land in Sicht“ von der IHK Lübeck, in der
159 Flüchtlinge Praktikantenstellen vermittelt bekommen.

160

161 Um die Flüchtlingsaufnahme angemessen leisten zu können, ist es notwendig, eine
162 Unterscheidung zwischen Menschen, die aus Kriegsgebieten fliehen, und Menschen, die aus
163 „sicheren Herkunftsländern“ kommen, zu machen. Wirtschaftsflüchtlinge wie zum Beispiel aus
164 Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien können nicht als Flüchtlinge aufgenommen
165 werden. Weiter muss regelmäßig geprüft werden, ob der Kreis der „sicheren Herkunftsländern“
166 erweitert werden muss. Eine Erweiterung ist insbesondere im Fall des Kosovo und Albanien
167 dringend geboten. Ebenso fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, dass es zukünftig keinen
168 Wintererlass mehr gibt. Diese Regelungen verhindern, dass alle personellen und finanziellen
169 Ressourcen denjenigen zur Verfügung gestellt werden, die als Kriegsflüchtlinge oder politische
170 Verfolgte nach Schleswig-Holstein kommen. Um Verunsicherung bei den Flüchtlingen und
171 Kommunen zu verhindern, müssen die Verfahren so schnell wie möglich entschieden werden und
172 in diesem Rahmen entschiedene Abschiebungen schnell umgesetzt werden. Daher müssen die
173 zuständigen Behörden mit mehr Personal ausgestattet werden, um möglichst schnell die Anträge
174 der eigentlichen Hilfsbedürftigen bearbeiten zu können.

175

176 Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- 177 • Ein aktives Werben der Politik für die Akzeptanz von Flüchtlingen in der Gesellschaft
- 178 • Verbesserung der Situation in der Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster
- 179 • Die Einhaltung der gesetzlichen Verweildauer in Endaufnahmeeinrichtungen von
180 mindestens 6 Wochen sowie eine Ausdehnung der Vorbereitungszeit der Kommunen
- 181 • Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft zur Unterbringung von Flüchtlingen
- 182 • Ein tragfähiges Konzept der Landesregierung zur Verteilung der Kosten zwischen Land und
183 Kommunen
- 184 • Einen kontrollierten Zugang der Flüchtlinge zum Arbeitsmarkt sofern bei diesen ein
185 erfolgreiches Asylverfahren möglich erscheint
- 186 • Prüfung der Erweiterung der „Sicheren Herkunftsländer“
- 187 • Zukünftig keinen Wintererlass oder vergleichbare Regelungen
- 188 • Strikte und zügige Abschiebung bei entschiedenen Verfahren

189

190

191

192 **Flüchtlingspolitik europäisch lösen**

193

194 Regelmäßig spielen sich dramatische Szenen an den europäischen Außengrenzen ab. Im
195 Mittelmeer sterben jedes Jahr viele Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa. Viele erhoffen sich ein
196 besseres Leben in der Europäischen Union und sind bereit, dafür ihr eigenes Leben zu riskieren. Die
197 Politik ist dabei in einem Interessenskonflikt. Auf der einen Seite geht es darum die Grenzen des
198 Schengen-Raums zu schützen und illegale Grenzübertritte zu verhindern, zum anderen kann
199 Europa bei Flüchtlingskatastrophen durch gekenterte Flüchtlingsboote nicht wegsehen. Für die
200 Junge Union Schleswig-Holstein steht fest, dass eine liberale Grenzpolitik auf Dauer das
201 Flüchtlingsproblem nicht lösen wird. Daher unterstützt die Junge Union Schleswig-Holstein die EU-
202 Operation Triton im Mittelmeer. Erste Erfahrungen zeigen aber auch, dass die Ausrüstung dieser
203 Mission im Vergleich zur italienischen Mission „Mare Nostrum“ nicht ausreichend ist, um bei
204 Seenot-Situation von Flüchtlingsbooten auf hoher See angemessen zu reagieren. Hervorzuheben
205 ist, dass es sich bei Triton um eine gemeinsame europäische Mission handelt. Gemeinsames
206 europäisches Handeln ist der richtige Weg, um der Flüchtlingsproblematik zu begegnen. Weiter
207 bleibt festzuhalten, dass insbesondere professionell organisierte Schlepper wesentliche Ursache
208 von Tragödien im Mittelmeer sind. Schlepper-Banden verdienen auf unmenschliche Weise Geld
209 mit den Hoffnungen von Menschen. Hier gilt es, stärker anzusetzen und in Zusammenarbeit mit
210 den Mittelmeeranrainern eine Strategie zu entwickeln, das Schlepper-Geschäft dauerhaft zu
211 unterbinden. Primär sollte daher die Situation beispielsweise durch Auffanglager vor Ort
212 verbessert werden. Die Lasten für die Flüchtlingspolitik sind unter allen europäischen
213 Mitgliedstaaten fair zu verteilen.

214

215 Weiter fordert die Junge Union Schleswig-Holstein Deutschland und Europa auf, stärker
216 Verantwortung bei der Bekämpfung von Ursachen von Flucht und Vertreibung in der Welt zu
217 übernehmen. Als reicher Wirtschaftsraum sind wir stärker als andere in der Lage, eine führende
218 Rolle einzunehmen und sollten dies auch tun. In Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen
219 sollten sowohl in der Außen- und Sicherheitspolitik als auch in der Entwicklungspolitik die
220 deutschen und europäischen Anstrengungen erhöht werden. Dies bedeutet auch, dass die
221 Ausrüstungssituation der Bundeswehr verbessert werden muss und in Kooperation mit unseren
222 Bündnispartnern Auslandseinsätze als letztes Mittel zur Lösung von Konflikten nicht
223 ausgeschlossen werden. Weiter muss auch das Engagement in der Entwicklungshilfe gesteigert
224 werden. Mindestens muss die Zusage bis 2015 erfüllt werden, 0,7 Prozent des
225 Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Die letzten Monate
226 haben einmal mehr deutlich gemacht, dass Flucht und Vertreibung in der Welt auch
227 innenpolitische Auswirkungen haben. Außenpolitisches Engagement kann dabei helfen, diesen
228 Problemen zu begegnen oder sie sogar zu verhindern.

229 Bei der Aufnahme und Weiterleitung von Kontingentflüchtlingen müssen unsere Partner stärker in
230 die Pflicht genommen werden. Aus der Türkei werden immer wieder Fälle bekannt, dass
231 insbesondere kurdischen Kontingentflüchtlingen die Weiterreise erschwert wird. Oft sind Kinder,
232 Jugendliche und alte Menschen von diesem Vorgehen betroffen. Wenn die Türkei als verlässlicher
233 Partner glaubhaft bleiben möchte, dann muss sich dieser Umstand verändern.

234 Weiter fordert die Junge Union SH die konsequente Einhaltung der Dublin-II-Verordnung. Reist ein
235 Flüchtling in einen unserer europäischen Nachbarstaaten ein und stellt dort einen Asylantrag, ist
236 dieser auch für seine Durchführung zuständig. Eine Weiterreise in andere Mitgliedsstaaten kann
237 und darf dem Antragssteller nicht erlaubt werden. Gerade im Hinblick auf die Überforderung
238 zahlreicher Kommunen Flüchtlinge unterzubringen und die mangelnde Bereitschaft zahlreicher
239 Mitgliedsstaaten Dublin-II umzusetzen, ist dies nicht nur wünschenswert, sondern auch
240 notwendig.

241

242 Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- 243 • Keine Liberalisierung der Grenzpolitik an den europäischen Außengrenzen
- 244 • Anpassung der Ausrüstung der EU-Operation Triton
- 245 • Eine stärkere Zusammenarbeit der Europäischen Union in der Flüchtlingspolitik
- 246 • Schaffung einer Strategie zur Unterbindung des Schlepper-Geschäfts im Mittelmeerraum
- 247 • Stärkeres Engagement von Deutschland und Europa in der globalen Außen- und
248 Sicherheitspolitik
- 249 • Ausweitung der Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens

250

251

252 **Integration als Kernelement einer erfolgreichen Migrationspolitik**

253

254 Schlüssel einer erfolgreichen Migrationspolitik ist eine erfolgreiche Integration. Dabei ist
255 zweitrangig aus welchen Gründen sich Migranten auf den Weg nach Deutschland gemacht haben.
256 Damit Integration gelingen kann, ist das Erlernen der Sprache unabdingbar. Jeder Ausländer der in
257 Deutschland ankommt und eine längere Zeit in Deutschland bleiben wird oder sich dauerhaft in
258 Deutschland niederlässt, muss Angebote unterbreitet bekommen, angemessen die deutsche
259 Sprache zu erlernen. Grundsätzlich sollten – wenn dies gewährleistet werden kann – Sprachkurse
260 verpflichtend sein, da die Sprache elementare Voraussetzung für das Gelingen der Integration ist.
261 Die Erteilung von längeren Aufenthaltsgenehmigungen muss auch die Sprachkenntnisse
262 berücksichtigen. Dies gilt für Flüchtlinge sowie für qualifizierte Einwanderer gleichermaßen. Die
263 deutsche Sprache baut Hürden ab und ermöglicht Integration.

264 Eine Integration in die Gesellschaft muss so schnell wie möglich erfolgen. Dies kann vor allem über
265 die Arbeitswelt geschehen. Asylbewerber sind hier jedoch von großen Hürden betroffen. Ihnen ist
266 es in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts nicht gestattet, eine Beschäftigung aufzunehmen.
267 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert jedoch, dass es ihnen ermöglicht werden sollte,
268 gemeinnützige Tätigkeiten, etwa im Rahmen von sogenannten Minijobs bei städtischen Betrieben
269 oder lokalen Unternehmen, die sich dazu freiwillig bereiterklären, aufzunehmen. Hierdurch
270 werden die Asylbewerber nicht mehr untätig sein. Stattdessen werden sie direkt in unsere
271 Gesellschaft eingebunden, ihre Deutschkenntnisse werden gefördert und erste Erfolgserlebnisse in
272 der möglichen neuen Heimat werden erreicht. Auch in Hinsicht auf eine spätere Arbeitssuche
273 können die dort gesammelten Erfahrungen von großer Hilfe sein.

274
275 Integration macht auch vor Kindergärten und Schulen nicht halt. Eine erfolgreiche Integration der
276 Kinder und Jugendlichen von Migranten findet insbesondere in den Kinder- und
277 Jugendeinrichtungen und den Schulen statt. Hier kann die deutsche Sprache spielerisch erlernt
278 werden und die ganze Familie an einem gesamten Lern- und Integrationsprozess beteiligt werden.
279 Daher sollten Anreize und niedrige bürokratische Hürden geschaffen werden, damit Kinder- und
280 Jugendliche frühzeitig entsprechende Einrichtungen regelmäßig besuchen. Integration macht auch
281 vor Sportvereinen, Jugendfeuerwehren, Jugendverbänden und Glaubensgemeinschaften im ganzen
282 Land nicht halt. Hier findet oft unbemerkt von der Öffentlichkeit ein sehr großer Beitrag zur
283 Integration statt. Wir als Junge Union Schleswig-Holstein unterstützen diesen Beitrag und
284 bedanken uns für das breite Engagement vieler in unserer Gesellschaft. In der Integration müssen
285 Frauen besondere Berücksichtigung finden und sollten gezielt angesprochen werden. Die
286 Sprachförderung einer Mutter hängt eng mit der Sprachentwicklung ihrer Kinder zusammen. In der
287 Integration müssen Familien als Einheit begriffen und gefördert werden. In vielen
288 Migrantenfamilien sind die Frauen für die Gesundheitsvorsorge der Kinder und der gesamten
289 Familie verantwortlich, sie müssen daher möglichst umfangreich über das deutsche
290 Gesundheitssystem und die Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsversorgung
291 informiert werden.

292
293 Eine besondere Rolle in der Diskussion um Integration kommt dem Islam zu. Die Diskussion um die
294 Aussage der Kanzlerin „Der Islam gehört zu Deutschland“ macht deutlich, dass es auch in der
295 Union ein gespaltenes Verhältnis zum Islam gibt. Zum einen ist es unstrittig, dass Menschen
296 islamischen Glaubens Teil unserer Gesellschaft sein können und auch zu Deutschland als unsere
297 Mitbürger gehören können. Zum anderen ist der Islam als Religion mit allen seinen Facetten
298 schwierig zu begreifen und einzuordnen. Für die meisten Menschen in Deutschland gehört er nicht
299 zur alltäglichen Lebensrealität. Feiertage und übliche islamische Rituale sind der breiten Masse
300 unbekannt. Erschwerend kommt hinzu, dass die deutschen Muslime über kein gemeinsames

301 Sprachrohr verfügen. Verschiedene islamische Glaubensrichtungen und nationale Islamverbände
302 machen es schwer, einen institutionellen Ansprechpartner, der für eine Mehrheit der Muslime in
303 Deutschland sprechen kann, zu finden. Auch der Abschluss von Staatsverträgen wird durch diesen
304 Zustand stark erschwert. Hamburg hat mittlerweile vier verschiedene Staatsverträge mit
305 unterschiedlichen islamischen bzw. alevitischen Verbänden abgeschlossen. Von den betroffenen
306 Verbänden wird aber nur eine Minderheit der Muslime in der Hansestadt vertreten. Hinzu kommt,
307 dass einige Verbände direkt ausländischen Behörden unterstellt sind oder mindestens durch diese
308 maßgeblich finanziert werden. Dies macht eine staatliche Zusammenarbeit mit den Verbänden in
309 der Rolle als Sozial- oder Schulträger problematisch. Daneben steht die fundamentalistische
310 Auslegung des Islams im Widerspruch zu unserer Rechtsordnung und unserem Menschenbild, das
311 auf einer jüdisch-christlichen Tradition fußt. Hier sind auch die Muslime in Deutschland und
312 Europa in der Pflicht eine Auslegung des islamischen Glaubens zu begründen, der sich in die
313 Regeln und Werte unserer Gesellschaft einbettet. Häufig wird hierbei von einem Euro-Islam
314 gesprochen.

315

316 Auch Muslime müssen in Deutschland die Freiheit haben ihre Religion auszuüben. Ein generelles
317 Kopftuchverbot lehnt die Junge Union Schleswig-Holstein außer im öffentlichen Dienst daher
318 ausdrücklich ab. Keine Muslima darf das Gefühl haben, dass sie in Schleswig-Holstein weniger
319 willkommen sei, weil sie ein Kopftuch trägt. Wir bekennen uns allerdings weiterhin zum absoluten
320 Verbot der Vollverschleierung und lehnen auch eine Tragepflicht jeglicher Art ausdrücklich ab.

321

322 Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- 323 • Verpflichtende Angebote, wenn diese geleistet werden können, für jeden Migranten die
324 deutsche Sprache zu lernen
- 325 • Erteilung von längeren Aufenthaltsgenehmigungen sollte an Sprachkenntnisse gebunden
326 sein
- 327 • Anreize zu schaffen, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund frühzeitig
328 Kinder- und Jugendeinrichtungen besuchen
- 329 • Die gezielte Integration von Frauen zu fördern
- 330 • Einen Euro-Islam, der sich in unsere Regeln und Werte unserer Gesellschaft einbettet, zu
331 fördern
- 332 • Kein generelles Kopftuchverbot außer im öffentlichen Dienst, aber ein Verbot der
333 Vollverschleierung im öffentlichen Raum

334